

Anstalt Brauereibesitzer Personen von den Sachverständigen und vom Staatsanwalt als Zeuge hingestellt wurden, die nur ihre Instruktionen befolgt, also „nichts Strafbares“ gethan hätten? Daß die schwersten Anklagen gegen das System zu erheben sind und dessen Beilegung mit größter Eile gefordert werden muß.

Tagesgeschichtl.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Mannheim der Maler Lorenz aus Saarlos zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Er warf am Sonntage in angebotener Stimmung in einer Wirtshaus die Büsten des Kaiserspaars, die der Tapetendrucker Kurz vor sich auf einen Tisch gestellt hatte, mit einem Aufwischlappen zur Erde, so daß sie in Trümmer gingen, wobei er bemerkte, ein richtiger Arbeiter laufe nicht solche Büsten, sondern Büsten von Marx und Lassalle. Die drei Monate hätte sich der Unvorsichtige eriparen können.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Lindeburg der Biegeleiarbeiter Jäncke zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Begnadigt wurde vom Kaiser der Finanzdirektor v. Bennigsen, der wegen eines Mordverdachts, der sich in die Formen eines Duells flectete, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war und erst vor kurzem die Strafe in der Festung Weiel angetreten hatte.

Wichtige Anklage scheinen die Ordnungsbücher zu haben vor der Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Abschaffung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen im Strafgesetzbuch. Der Antrag soll Ende Januar im Reichstage verhandelt werden; aber schon jetzt warnen mehrere Ordnungsbücher darüber, daß die Debatte unmöglich geführt werden könne, ohne daß „die Person Sr. Majestät“ mehr genannt und näher berührt wird, als es bisher im Reichstage üblich war. Die Herren fürchten sich namentlich auch davor, daß dann aus den vielen alten Hammersteinbriefen Stellen werden werden, die den Beweis erbringen, wie man in den konterovarsien und anderen hantstreuen Kreisen unter vier Wänden über getriebene Persönlichkeiten spricht. Die Anklage ist da recht begründet.

Wie heututage geteilt wird. Das die Veranlagung zur Vermögenssteuer für das laufende Jahr in Preußen ein zu dieser Steuer veranlagtes Vermögen von 60 Milliarden, also von 6000 Millionen Mark ergeben hat, wurde schon berichtet. Diese Summe rückt aber erst dann ins richtige Licht, wenn berücksichtigt wird, daß die jährlichen Vermögen von unter 6000 M. steuerfrei sind, daß ferner die etwa 4 Milliarden Mark Sparfaiseneinlagen nicht zu dieser Steuer herangezogen werden und daß noch so viele anderweitige Vermögen steuerfrei bleiben, daß die Gesamthöhe der mehr als 6000 M. betragenden Vermögen auf mindestens 80 Milliarden, also auf 80000 Millionen veranschlagt werden muß. Diese Summe ist in den Händen von etwa 1150000 Personen, so daß auf jede derselben rund 70000 M. entfallen. Aber die weitaus große Mehrzahl der 1150000 Steuerpflichtigen besitzt nur kleine Vermögen von 6000—32000 M., so daß auf jeden der etwa 450000 andern im Durchschnitt das Besondere von 70000 M. entfällt. Die offiziösen Berl. Pol. Nachr. meinen zum Ergebnis der Einschätzung, aus demselben „erhebt, daß in Preußen die Vermögensverteilung eine durchaus gesunde ist.“ — Was meinen die Arbeiter zu diesem Urteile und die Kleinhandwerker, die Kleinbauern und Unterbeamten, die vor jeder Schusterrechnung erschrecken müssen? Für sie wäre es „durchaus gesund“, wenn sie einmal wirklich brüderlich und christlich mit dem im Gelbteufel allerdings „durchaus gesund“ Bestreben der mittleren und größeren Vermögen teilen könnten.

10000 M. für fünf Prunkstücke, die in den dortigen Offizierskasinos aufstellung finden sollen, haben die Stadtverordneten von Hannover bewilligt. Welches Hochgefühl, welche patriotische Begeisterung werden die kleinen Leute von Hannover empfunden haben, als ihnen dieser Beschluß ihrer Stadtväter bekannt wurde!

Zwar nicht tapfer, aber sehr charakteristisch für unsere Zustände, wie sie sich unterm Septembertage gestaltet haben, sind die Worte, mit welchen das freisinnige Dortmunder Tageblatt die Mitteilung beileidet, daß der Redakteur Stoffen vor der demokratischen Büttelwörter Bürgerzeitung zu neun Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden ist. Das Blatt schreibt: „Wir haben keine Luft, uns auf ähnliche Weise den Geschäftsbetrieb führen zu lassen; also, da heututage kein Mensch mehr weiß, was er sagen darf, oder was Beleidigung ist, werden wir vorsichtig sein. Unsere Leser werden entschuldigen, wenn wir aus diesem Grunde die Erwähnung des regierenden deutschen Kaisers lassen.“ — Ein Glück, daß nicht alle freisinnigen Blätter so ängstlich sind und die meisten von ihnen doch den Mut haben, wenigstens den „Hofbericht“ noch abzurufen.

Ehre dem Ehre gebührt! Der Kriegsminister Kronau von Schellendorf ist von der juristischen Fakultät der Universität Greifswald zum Ehren doktor der Rechte ernannt worden. Bei den ungewöhnlichen Verdiensten, die sich Herr Kronau von Schellendorf als Sozialpolitiker erworben hat, ist die Verleihung dieses Titels durchaus gerechtfertigt. Die Autoritäten unserer Reichspresse verbinden sich mit dem scheidenden Kriegsmanne, dessen Degen stets geschliffen ist, und diese Hebererfennung trägt goldene Früchte. Bemerkend wir die Harmonie zwischen Militarismus und Rechtswissenschaft und seien wir überzeugt, daß die glänzenden Tage von Altkönig nur eine matte Dämmerung sind, verglichen mit unserer Ära der Erleuchtung. Nur eines hoffen wir, daß auch die philosophische Fakultät dem Kriegsminister den Doktorhut auf das Haupt drückt. Welcher Germanist würde sich nicht glücklich schätzen, einen Mann den seinen zu nennen, der sich unsterbliche Verdienste um die Bereicherung der parlamentarischen Redeweise und um die Freiheit des Stils erworben hat und der über die Reize nach Wallhalla so trefflich Bescheid weiß, ein wahrer Väterer der germanischen Wörterlehre?

Wie man das Elsaß deutsch macht. Eine für die reichstädtischen Zustände charakteristische Verurteilung erfolgte vor kurzem vor dem Amtsgerichts Hofjelden. Zwei

Kolportiere, die für eine Berliner Firma haufieren, wurden wegen Nichterfüllung der vorgeschriebenen Formalitäten auf Grund der Ausnahmeverordnung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegenstand der Kolportage waren nicht etwa staatsgefährliche oder unästhetische Schriften, sondern das zur Verherrlichung des Militarismus verfaßte Buch „Unser Volk in Waffen“. Selbst das Gericht konnte ein Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß nach Maßgabe der bestehenden Gesetze auf eine so harte Strafe erkannt werden mußte. Und mit dieser vorfindlichen Ausnahmeverordnung glaubt man das Volk germanisieren zu können.

Kapitalistisches Mißwirtschaftl. Wie der Kapitalismus die reichen Schätze der Natur verwüßt und vernichtet, dafür bietet eine Mitteilung slesischer Provinzialblätter wieder sprechenden Beweis. Der Fischbestand in der Oder ist nach sacherfährlicher Nachschätzung auf einen Zeitraum von mindestens drei Jahren völlig ruiniert, und zwar durch schädliche Stoffe, welche von industriellen Etablissements in Oesterreich dem Wasser zugeführt wurden. Nach angeblich amtlichen Mitteilungen aus Ratibor ist in der Sodafabrik in Petrowitz ein Kessel mit Nitriol geprüngt und sind vierzig Ballons des giftigen Stoffes der Odra zugeführt. Welche verheerende Wirkung das ansieht, zeigte der Umstand, daß in diesen Tagen auf einer kurzen Strecke im Oberwasser der Oder nicht weniger wie vierzig Fentner tote Fische gesammelt wurden!

Wie man in Preußen Minister wird. Die Volkszeitung schreibt: Die Berufung zum Minister des Innern ist dem Freiherrn v. B. Rede völlig unerwartet gekommen. Eines Tages erhielt er eine Depesche aus dem Reichskabinet, in welcher Herr v. U. Canaris ihm im Auftrage des Kaisers auftrug, sich unverzüglich nach Berlin zu begeben. Mit dem nächsten Eisenbahnzuge reiste Herr v. B. Rede denn auch von Düsseldorf ab und traf am andern Vormittag in Berlin ein. Er wurde alsbald vom Kaiser empfangen, der ihm ohne weiteres eröffnete, daß er Minister des Innern werden solle. Als Herr v. B. Rede sich dadurch doch etwas überdrüssig zeigte, machte der Kaiser einige sehr freundliche und ermunternde Bemerkungen und hob insbesondere hervor, daß er ja aus einer sehr guten Schule komme und wohl der rechte Mann für die dasante Ministerstelle sei. Die Angelegenheit wurde alsdann sehr bald erledigt, so daß der neue Minister seine Stellung auch in kurzer Frist antreten konnte. — In anderen Ländern sucht sich der Ministerpräsident seine Ministerkollegen selbst und sichert sich dadurch eine einheitliche Regierung.

Söder ein Revolutionär! Die Nordd. Allg. Ztg. hat noch vor dem „Feste der Liebe“ dem Auge, das nicht lügen kann, bittere Pillen zu schlucken gegeben. Das Wort stellte den Söder — man denke und schaudere — in Parallele mit dem französischen Revolutionär Gracchus Babeuf, dem das Direktorium der französischen Republik am 27. Mai 1797 den Kopf abschlagen ließ. Die kleinen Unterschiede in der äußeren Erscheinung solcher Sektens seien völlig belanglos. Ob blutrot oder chamoisfarbig, Revolution bleibe Revolution. Babeufs sozialistische Ideen waren utopisch, doch war er ein ehrlicher Mann, der sein Leben für seine Ueberzeugung einsetzte, daß ihn die Norddeutsche mit dem Erzhofprediger vergleicht, ist daher eine Zuspätkommen gegen Babeuf.

Brausewetter, der scheidende Berliner Reichsgerichtsdirektor, wird eine Reverenz durchmachen. Als er mit einigen Familienmitgliedern in der Merkenanstraße zu Bankrott eingetroffen war, um sich aufzunehmen zu lassen, erklärte er plötzlich, er wolle nicht abgeben. Wenn das die Pflegebefohlenen der Regierungsbüro von Mariaberg nur auch hätten so machen können.

Ueber Schweinehirte als Seelforger in Brauereien, meinte der als Zeuge vernommene tatfällige Anstaltsgeistliche des zu zweifelhafter Verlässlichkeit gelangten rheinischen Arbeitshauses. — Auch wir halten die erstere Beschäftigung für eine nichtbessere.

Ausland.

Dänemark. Es scheint, daß jetzt eine der wichtigsten Forderungen der Sozialdemokraten, nämlich die Einführung einer Einkommensteuer, bald erfüllt werden soll. Im Finanzministerium wird augenblicklich eine diesbezügliche Vorlage, die einen vollständigen Systemwechsel in den bisherigen Besteuerungsverhältnissen hervorgerufen würde, ausgearbeitet. Die Regierung hat sich unter der Hand bei den leitenden Politikern erkundigt, wie sie sich zu dieser Frage stellen würden, und die Antworten lauten so befriedigend, daß die Durchführung der Reform höchst wahrscheinlich zu sein scheint. Doch wird die Frage in dieser Session kaum erledigt werden können.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wegen Verurteilung von Genosse Langenstein in Klauen von Schöffengericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Auf eingeleitete Berufung sprach das Landgericht ihn kostenlos frei.

Zur Auslegung des Vereinsgesetzes ist wiederum ein Verbot einer Schlichtung eines politischen Vereins zu verzeichnen. In Weidenau bei Berlin hat der Amtsrichter am 1. Juni 27. d. M. angeklagtes sozialdemokratisches Parteivermögen auf Grund der Entschreibung des Vereinsvermögens am 4. Januar 1892 verboten, wonach Schüler, Frauen und Lehrlinge an Veranstaltungen politischer Vereinigungen nicht teilnehmen dürfen. **Der Gutsbesitzer Richter** aus Lüdenscheid bei Zittau (Sachsen) hatte durch seine beiden Kinder zur Landtagswahl sozialdemokratische Flugblätter in Lüdenscheid, Zittau und Sagen austreten lassen und war deshalb von der Amtshauptmannschaft Zittau mit einer Geldstrafe belegt worden. Das Schöffengericht bestätigte das Urteil. Sie gegen legte Genosse Richter Berufung ein, die jedoch vom Landgericht verworfen wurde.

In Nürnberg die polizeiliche verurteilte Schlichtung der hiesigen Mitglieder des deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbandes ist gerichtlich bestätigt worden. Es wird also auch noch ein gerichtliches Nachspiel gegen die Beteiligten geben. Von den letzteren bieten verschiedene eine solche Möglichkeit für unmöglich. Wir — so bemerkt die Frank. Tagespost nicht. Wir sind zwar überzeugt, daß die Schlichter nur das Bestmögliche abgeben wird. Geht die „Operation“ an ihnen, dann heißt's höchst wahrscheinlich:

„Im erst einen abgeben — Dann kommen auch die andern dran.“

Parlamentarische.

— Der stenographische Bericht über die diesjährige Etatsdebatte im Reichstag ist soeben unter dem Titel: **Stenographischer Bericht über den Reichstag** veröffentlicht worden und durch unsere Volksbuchhandlung zum Preise von 15 Pf. zu beziehen. Die Schrift ist 96 Seiten stark und enthält neben der bedeutungsvollen Rede vom September, über die Kaiserrede, die Hausanwaltschaft und gerichtlichen Verfolgungen z. z. auch die Entgegnungen der Regierungsdirektoren und die Ausführungen der Vertreter der verschiedenen Parteien über ihre Stellung zu den von Behr zur Sprache gebrachten politischen Vorformnissen der letzten Zeit. Bei der Bedeutung dieser Reichstags-Verhandlungen hat unsere Partei ist die weiteste Verbreitung dieser Stenographischen Berichtens des Reichstages zu erwarten.

Für die Preisung 3 Pf. und 3 Pf. wird am Sonntag, 19. Januar, in Schwane ein sozialdemokratischer Parteitag stattfinden. Auf der Tagesordnung befinden sich folgende Punkte: 1) Bericht der Revisionalkommission. 2) Bericht des Ausschusses. 3) Stellungnahme zur Agitation in der Provinz. 4) Unterer Briefe. 5) Antworte der Delegierten.

Der Journalist Ferdinand Gilles ist in London geboren. Er war in London ein tätiges Mitglied der sozialdemokratischen Partei, immerzu bereit in früheren Jahren viele Kämpfe durchzumachen hatte.

Unter den Parteigenossen Josef Wiener ist am Freitag in Bielefeld gestorben. Josef Wiener, von Geburt Schiefer, ging mit 18 Jahren auf die Wanderschaft. Im Jahre 1852 kam er nach Bielefeld, arbeitete einige Jahre hier, dann ein Jahr in Hannover und darauf wieder in Bielefeld. In's politische Leben wurde er, im Jahre 1855 gezogen. Er arbeitete zur Zeit nicht mehr bei seinem letzten Arbeitgeber und die hiesigen Parteigenossen, die er in Bielefeld kennen gelernt hat, sind ihm sehr dankbar. Er gehörte zur Richtung Schulze-Deßlich. Als aber Lassalle's Flugblätter und die durch den im Jahre 1863 in Leipzig gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein entfaltete Agitation auch nach Bielefeld, wo von ihm schon das politische Leben etwas mehr kultiviert, als in anderen westfälischen Städten, brangen, schloß Wiener sich den Lassalleanern an. Ende der 60er Jahre wurde von Karl Winkelmann der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein für Bielefeld gegründet, welchem auch J. beitrat. J. war in demselben sehr eifrig tätig und da er rüchentlich beschäftigt war, belegte man ihn 1869 zum Eisenacher Kongress. Die damals angeordnete Einigung der in zwei Jahre geteilten Arbeiterbewegungen nicht zu stande. J. hielt fest zu den Lassalleanern. Beide Richtungen bekämpften sich in Bielefeld sehr heftig. Bis im Jahre 1875 in Gotha der Friedenschluß erfolgte. J. war auch zu diesem Kongress beigesteuert, nach welchem er eine rege politische Tätigkeit entfalten ließ. Nach Auflösung des Eisenacher Sozialisten Arbeitervereins wurde der Sozialdemokratische Arbeiterverein gegründet, welchem auch J. angehörte. Als im Jahre 1878 das Sozialistengesetz in Kraft trat, übergab man unserem westfälischen Genossen die von dem Allg. Deutsch. Arb. V. gestiftete tote Jahne, welche er 12 Jahre lang aufbewahrt hat. Jetzt kann sie ihm nur noch als ein Erinnerungsbild dienen. Die damals angeordnete Parteivertheilung des westfälischen Gebietes mehrfach in Bielefeld, sowie in Gerdorf bei der Reichstagswahl. Auf gemeinschaftlichem Gebiete war er auch nicht unthätig; auch nahm er als Delegierter am dem Gewerkschaftskongress zu Halberstadt teil, wie derselbe überhaupt oftmals zu Gewerkschaftskongressen und Parteitage beigesteuert worden ist. Auf dem ersten internationalen Kongress 1889 zu Paris vertrat er das westfälische Westfalen. In den letzten Jahren hat sich J. von der politischen Bewegung etwas zurückgezogen und dazu kam noch seine fast zwei Jahre währende Krantheit, welche ihm jede Parteithätigkeit unmöglich machte.

Stenographischer Bericht über die diesjährige Etatsdebatte im Reichstag ist soeben unter dem Titel: **Stenographischer Bericht über den Reichstag** veröffentlicht worden und durch unsere Volksbuchhandlung zum Preise von 15 Pf. zu beziehen. Die Schrift ist 96 Seiten stark und enthält neben der bedeutungsvollen Rede vom September, über die Kaiserrede, die Hausanwaltschaft und gerichtlichen Verfolgungen z. z. auch die Entgegnungen der Regierungsdirektoren und die Ausführungen der Vertreter der verschiedenen Parteien über ihre Stellung zu den von Behr zur Sprache gebrachten politischen Vorformnissen der letzten Zeit. Bei der Bedeutung dieser Reichstags-Verhandlungen hat unsere Partei ist die weiteste Verbreitung dieser Stenographischen Berichtens des Reichstages zu erwarten.

Soziale Uebersicht.

— **Der Gesetzentwurf über die Handwerkskammern** ist als verloren anzusehen. Die zu seiner Beratung eingeleitete Reichstagskommission wird höchstwahrscheinlich sehr kurzen Prozeß mit ihm machen. Selbst die Nordd. Allg. Ztg. zweifelt nicht mehr daran, daß die Vorlage scheitern wird. Das Blatt glaubt aber doch nochmals betonen zu müssen, daß über die zu schaffende Organisation des Handwerks, die alle Handwerker umfassen soll, auch alle Handwerker, nicht etwa nur die bereits korporativ organisierten, befragt und gehört werden müssen. Deshalb wird man sich die erforderlichen Informationen, wenn die Vorlage nicht angenommen wird, auf anderem Wege zu ergänsen suchen. Der Mangel von Körperlichkeiten, in denen die Ansichten aller Handwerker über die verlangte Organisation zum Ausdruck kommen würden, könne aber — so schließen die erwähnten Ausführungen — gewiß nicht zu einer Beschleunigung, sondern höchstens zu einer Verzögerung der Lösung der Organisationsfrage dienen, und wäre jedenfalls mehr im Interesse der Handwerker selbst als in dem der Regierung oder des einen oder anderen Ministers zu bedauern.

Das offiziöse Blatt dürfte für diese Ansicht nicht viel Unterstützung finden.

Nach einem Urteil des Reichsgerichts muß die Mittagspause in der Beschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen, welche ein Fabrikbesitzer der Befehle angeheigt hat, regelmäßig eingehalten werden. Eine willkürliche Verlegung oder gar Kürzung der festgesetzten Mittagspause, wenn auch nur für einen Teil des Arbeitspersonals, ist strafbar.

Altenburg. Der Landtag nahm einstimmig einen Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Buchwald an, die Regierung zu ersuchen, dem Fabrikinspektor auch die Hausinspektion zu erteilen.

Den Mitgliedern des Verbandes der Hirsch-Dunkerischen Gewerksvereine wird vom Zentralkomitee bekannt gegeben, daß die neue Gewerksvereinsbewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit im vollen Gange ist.

Zur Arbeiterbewegung.

In Elberfeld stehen die Arbeiter der Brauerei Widler in einer Bewegung um folgende Forderungen durchzusetzen: 1. Wöchentliche Besoldung, letztere betrag 10 Mark. 2. Regelung des Schlaf- und Logiswesens in der Weise, daß jedem Arbeiter freistellt, auswärts zu logieren. 3. Eine regelnde Arbeitszeit von 10 Stunden, beginnend morgens 6 Uhr und endigend abends 6 Uhr einschließlich einer Frühstückspause von 8—8½ Uhr vormittags und einer Mittagspause von 12 bis 1½ Uhr. 4. Die Wochenlohn betrag 24 M. 4. Ueber hundert Arbeiter mit 50 Pf. und Sonntag und Jour mit 3 M. 5. Sonntagsruhe Stunden mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt werden. 6. Die Lohnzahlung erfolgt jede Woche freitags und muß spätestens ½ Stunde nach

